

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 68. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. Juni 2009, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Hochschulzulassungsgesetzes und eines Gesetzes zur Änderung des Zustimmungs- und Ausführungsgesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung	4
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2524	
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften“	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2610	
3.	Krankmeldungen von Prüfungskandidaten an Hochschulen	7
	(auf Antrag der SPD-Fraktion)	

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Hochschulzulassungsgesetzes und eines Gesetzes zur Änderung des Zustimmungs- und Ausführungsgesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2524

(überwiesen am 26. März 2009 an den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/4174, 16/4195, 16/4211, 16/4254, 16/4283, 16/4308,
16/4309, 16/4310, 16/4311, 16/4313, 16/4314, 16/4346,
16/4392, 16/4398

Abg. Weber bringt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ein, Umdruck 16/4392, und bedauert, dass man keine Möglichkeit gehabt habe, die als Tischvorlage eingebrachten Änderungsanträge der FDP zu prüfen.

Sodann erläutert Abg. Dr. Klug seine Änderungsanträge, Umdruck 16/4398, die im Wesentlichen auf die Ergebnisse der vom Ausschuss durchgeführten schriftlichen Anhörung zurückzuführen seien.

Abg. Birk kritisiert das Beratungsverfahren, beantragt, die Beschlussfassung auf die nächste Ausschusssitzung am 2. Juli 2009 zu vertagen, und hält es für unglücklich, dass die Verordnung des Ministeriums nicht öffentlich sei.

St de Jager legt Wert darauf, die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf nicht zu verschieben, um den Hochschulen die erforderliche Vorlaufzeit zu geben. Er weist darauf hin, dass die Möglichkeit, sich Studierende selbst auswählen zu können, maßgeblich auf einen Wunsch der Hochschulen zurückzuführen sei; eine Verpflichtung dazu bestehe nicht. Die von der FDP vorgelegten Änderungsanträge lehnt er ab, insbesondere die Änderung der Formulierung für die dem Lehrangebot zugrundeliegende Zahl der Stellen, die Verbindung zwischen Hochschulzulassung und Akkreditierung, die Aufnahme eines neuen Paragraphen, nach dem die Hochschulen das Zulassungsverfahren für weiterführende Studiengänge in einer Satzung re-

gelten, und die Streichung des gerechten und transparenten Auswahlkriteriums der Bestenauslese. Bei Auswahlentscheidungen für Studiengänge an Fachhochschulen sei die Fachhochschulreife der Allgemeinen Hochschulreife bei der Bestimmung der Eignung schon seit Jahren gleichgestellt. Das Hochschulzulassungsgesetz dürfe nicht dazu führen, dass die Hochschulen ihre Studierendenzahlen verringerten.

Abg. Dr. Klug wirbt für die Aufnahme eines § 4 a - Zulassungsverfahren für weiterführende Studiengänge -, der der Stärkung der Hochschulautonomie Rechnung trage. Zwischen Ausbildungsaufwand, Aufnahmekapazität und Akkreditierung bestehe sehr wohl ein Zusammenhang.

Eine Frage von Abg. Birk bejaht St de Jager unter Hinweis auf § 12 - Übergangsbestimmung -, dass mit der Verabschiedung des Gesetzes keine rechtlichen Übergangsprobleme entstünden.

Der Antrag von Abg. Birk auf Vertagung wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Aus dem Änderungsantrag der FDP, Umdruck 16/4398, werden die Punkte 4 und 8 einstimmig angenommen, Punkt 6 wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt, die übrigen Punkte werden mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Aus dem Änderungsantrag von CDU und SPD, Umdruck 16/4392, werden die ersten beiden Punkte einstimmig und der dritte Punkt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen angenommen.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2524 mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung
der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften“**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2610

(überwiesen am 8. Mai 2009 an den Bildungsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2610 unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Krankmeldungen von Prüfungskandidaten an Hochschulen

(auf Antrag der SPD-Fraktion)

Abg. Weber erklärt, die SPD-Fraktion habe nach dem Einlenken der Leitung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel keinen Beratungsbedarf mehr.

Abg. Birk macht darauf aufmerksam, dass das kritisierte Formular, auf dem man bestimmte Krankheiten vor Hochschulprüfungen angeben müsse, immer noch im Internet stehe.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die CAU das in Rede stehende Formular verändert habe.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 15:00 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer